

Allgemeine Fakten

zu

IO3: Gesetzliche Regularien im Fall einer Existenzgründung in der grünen Wirtschaft in Deutschland

Output Nr.: 3
Institut: Universität Paderborn
Editor: Denise Eggert
Status: Finale Version
Erstellt am: 15.12.2018

Allgemeine Fakten zu Gesetzgebungen und Regularien in Deutschland

Sie möchten sich selbstständig machen? Auf dieser Seite finden Sie die wichtigsten Fragen, Antworten und Tipps, die Sie im Rahmen Ihrer Existenzgründung beachten sollten, wenn Sie sich in Deutschland selbstständig machen.

[Die Angaben wurden sorgfältig, aber ohne Gewähr gemacht. Bitte erkundigen Sie sich daher auch selber noch einmal.]

Im Folgenden sind Schritte aufgelistet, die Sie für eine Gründung beachten sollten:

Businessplan: Dieser ist nicht zwingend, wird aber empfohlen und kann auch in Finanzierungsfragen hilfreich sein. Unterstützung finden Sie bei der IHK / HWK und anderen Kammern / Innungen.

Gründung bzw. Übernahme eines Unternehmens von Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürgern: Sind Sie Nicht-EU-Bürgerin oder Bürger müssen Sie einen Antrag „auf eine (befristete) Aufenthalts-erlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit“ stellen. Weitere Informationen dazu finden Sie hier: https://www.amtlich-einfach.de/DE/Wirtschaft/Unternehmensaufbau/Gruendung/Gruendung_node.html

Finanzamt: Das Finanzamt muss über die Gründung eines Unternehmens informiert werden, damit eine Steuernummer zugeteilt werden kann. (Im Fall einer Erbschaft oder Schenkung informieren Sie sich bitte über Erbschafts-/ Schenkungssteuer oder eine Befreiung hiervon, da dies ebenso beim Finanzamt angegeben werden muss.)

Auswahl der Rechtsform: Da es verschiedene Rechtsformen gibt, sollten Sie sich über die verschiedenen Formen informieren, um eine überlegte Entscheidung treffen zu können. Eine Übersicht finden Sie bspw. hier: <https://www.foerderland.de/gruendung/rechtsformen/>

Handelsregister / Grundbuch beim Amtsgericht: Außer der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) müssen alle Unternehmen im Handelsregister beim Amtsgericht eingetragen werden.

Anmeldung des Gewerbes: Das Unternehmen muss beim Gewerbeamt angemeldet werden. Über die Dokumente, die Sie einreichen können Sie sich bspw. hier informieren: https://www.amtlich-einfach.de/DE/Wirtschaft/Unternehmensaufbau/Gruendung/Gruendung_node.html

Anmeldung bei dem zuständigen Unfallversicherungsträger: In fast jeder Branche müssen Sie sich bei der zuständigen Unfallversicherung anmelden. Weiter Informationen dazu finden Sie bspw. hier: <https://www.fuer-gruender.de/wissen/unternehmen-gruenden/unternehmen-anmelden/berufsgenossenschaft/>

Meldung bei der Handwerkskammer: Sollten Sie einen Handwerksbetrieb eröffnen, so ist eine Meldung bei der Handwerkskammer nötig.

Meldung bei der IHK: Als Gewerbetreibender müssen Sie sich bei den Industrie- und Handelskammern (IHK) melden.

Einstellen von Personal: Um Personal einzustellen, ist eine Betriebsnummer notwendig, die bei der Agentur für Arbeit beantragt werden kann.

Übersicht über Gesetze für Gründer*innen: <https://www.fuer-gruender.de/beratung/links-und-adressen/gesetze/>

Übersicht der benutzten sowie weiterer Links:

[https://www.amtlich-](https://www.amtlich-einfach.de/DE/Wirtschaft/Unternehmensaufbau/Gruendung/Gruendung_node.html)

[einfach.de/DE/Wirtschaft/Unternehmensaufbau/Gruendung/Gruendung_node.html](https://www.amtlich-einfach.de/DE/Wirtschaft/Unternehmensaufbau/Gruendung/Gruendung_node.html)

<https://www.fuer-gruender.de/wissen/unternehmen-gruenden/>

<https://www.fuer-gruender.de/wissen/unternehmen-gruenden/unternehmen-anmelden/berufsgenossenschaft/>

<https://www.innovationszentren.de/40-0-Informationen-fuer-Existenzgruender.html>

<https://www.fuer-gruender.de/beratung/links-und-adressen/gesetze/>

Finanzvorgaben

Nach wie vor ist die Bankfinanzierung für Existenzgründer die wichtigste Fremdkapitalquelle.

Gerade bei Gründungen, die risikoreich sind, spielen Bürgschaften eine wichtige Rolle, um eine Gründungsfinanzierung zu ermöglichen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von dieser Finanzierungsmöglichkeit.

Finanzierungsmöglichkeiten: Bankkredit, Zuschüsse, Förderungen, Bürgschaften

Spezifischere Möglichkeiten:

Gründungszuschuss für Arbeitssuchende: Machen Sie sich selbstständig, während Sie arbeitslos gemeldet sind, haben Sie die Möglichkeit bei der Bundesagentur für Arbeit einen Gründungszuschuss zur Förderung einer Existenz-gründung (nach §§ 93 f. SGB III) zu beantragen. Weitere Informationen dazu finden Sie hier: <https://www.arbeitsagentur.de/arbeitslos-arbeit-finden/existenzgruendung>

Zugang zu EU Finanzierung: Im Rahmen des EU Projektes (COSME. Europe's programme for small and medium-sized enterprises) ist es mögliche Unterstützung durch die EU zu erhalten.

Allgemeine Übersicht: https://ec.europa.eu/growth/smes/cosme_en

Übersicht über einige Finanzierungsmöglichkeiten in Deutschland:

http://europa.eu/youreurope/business/funding-grants/access-to-finance/search/en/financial-intermediaries?shs_term_node_tid_depth=227

Weitere Finanzierungsmöglichkeiten:

Green Entrepreneurship Global Fund: <http://www.green-entrepreneurship.cc/a/Home/>

Crowdfunding

<https://www.bettervest.com/de/projekt-finanzieren/>

<https://www.ecocrowd.de/erfahre/>

Climate-KIC-Accelerator: <http://climate-kic-dach.org/>

Dies sind einige Beispiele, wir ermutigen Sie aber gerne auch nach weiteren Möglichkeiten zu schauen! Viel Erfolg mit Ihrer Unternehmensgründung!

Deutsche Verordnung über erneuerbare Energien und grüne Wirtschaft

In dieser Tabelle sind einige der wichtigsten Regularien zu erneuerbaren Energien und grüner Wirtschaft in Deutschland aufgeführt. Beachten Sie, dass es sich bei der Beschreibung der nachstehenden Regelungen um inoffizielle Übersetzungen handelt. Die Liste ist nicht vollständig.

Regularien	Beschreibung
Das deutsche Umweltverfassungsrecht	Seit dem 15. November 1994 ist der Umweltschutz als Regierungsziel in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert. Dem Umweltschutz und seinen Zielen wurde damit Verfassungsrang eingeräumt. Alle staatlichen Stellen - insbesondere der Gesetzgeber - sind verpflichtet, "auch ihrer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen Rechnung zu tragen" und die Umwelt zu schützen.
Energiekonzept der Bundesregierung vom September 2010, Klimaaktionsprogramm vom Dezember 2014, Klimaaktionsplan 2050	Ziel der deutschen Energiepolitik ist es, diese Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.
Erneuerbare-Energien-Gesetz	Die deutsche Stromversorgung wird von Jahr zu Jahr "grüner". Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch ist in den letzten Jahren stetig gestiegen - von rund 6% im Jahr 2000 auf rund 36% im Jahr 2017. Bis 2025 sollen 40-45% des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Dies ist das Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Mit der Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2017 beginnt die nächste Phase des Energiewandels: Ab 2017 werden die Fördertarife für Erneuerbare Energien nicht mehr vom Staat festgelegt, sondern über ein marktbasierendes Auktionsverfahren festgelegt - eine grundlegende Änderung in der Förderung Erneuerbarer Energien.
Abfallwirtschaftsgesetz (KrWG) ist am 1. Juni 2012 in Kraft getreten	Das Entsorgungsgesetz (KrWG) soll die Vorschriften zum Ressourcen-, Klima- und Umweltschutz verschärfen. Mit ihr wird die Richtlinie 2008/98/EG in deutsches Recht umgesetzt. Das KrWG wird durch eine Reihe weiterer Vorschriften ergänzt und konkretisiert, wie z.B. die Abfallverzeichnis-Verordnung, die die als gefährlich eingestuft und die als nicht gefährlich eingestuft Abfälle auflistet.
Umwelt-Beschwerdegesetz (UmwRG) ist am 15. Dezember 2006 in Kraft getreten	Das Gesetz ermöglicht es Verbänden, deren Hauptziel die Förderung von Umweltschutzziele ist, gegen Verstöße gegen das Umweltrecht Berufung einzulegen, d.h. eine interne Überprüfung zu verlangen oder rechtliche Schritte einzuleiten. Das UmwRG soll den Teil der europäischen Richtlinie

	2993/35/EG vom 26. Mai 2003 über den Zugang zu Gerichten in deutsches Recht umsetzen. Das übergeordnete Ziel der Richtlinie besteht darin, die Qualität der Umwelt zu erhalten, zu schützen und zu verbessern sowie die menschliche Gesundheit zu schützen.
Bundesimmissionsschutzgesetz	This law lays down the requirements concerning the construction, quality, and operation of industrial installations that could potentially provoke environmental harm and other hazards due to accidents or incidents. The most important legal principle laid down by the Act is the duty to adhere to the state of the art.
Energiewirtschaftsgesetz	Dieses Gesetz legt die Anforderungen an den Bau, die Qualität und den Betrieb von Industrieanlagen fest, die aufgrund von Unfällen oder Vorfällen zu Umweltschäden und anderen Gefahren führen können. Der wichtigste im Gesetz festgelegte Rechtsgrundsatz ist die Pflicht zur Einhaltung des Standes der Technik.
Energiesteuergesetz	Als Rahmenpolitik zur Förderung von Wettbewerb, Versorgungssicherheit und nachhaltiger Energieerzeugung verlangt das Energiewirtschaftsgesetz eine Stromkennzeichnung nach Art der Energiequelle.
Chemikaliengesetz	Die wesentlichen Merkmale der Prüfung, Bewertung, Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien sind im Chemikalien-Gesetz festgelegt und in Verordnungen wie der Gefahrenstoffverordnung und der Chemikalienverordnung, die die Einstufung gefährlicher Eigenschaften und die Kennzeichnung festlegen, näher festgelegt. Dies führt zu einer Reduzierung oder gegebenenfalls zu einem Verbot des Umgangs mit gefährlichen Chemikalien. Grundlage für diese nationalen Regelungen sind zum Beispiel eine Reihe von EU-Richtlinien: Verordnung EG 1907/2006, die europäische Chemikaliengesetzgebung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH).
Wasserhaushaltsgesetz	Anlagen, die mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, unterliegen gemäß Artikel 62(f) des Gesetzes den Anforderungen an Bau, Qualität, Wartung, Betrieb und Stilllegung. Diese Anlagen müssen nach dem allgemein anerkannten Stand der Technik gebaut, betrieben und außer Betrieb genommen werden. In einer Bundesverordnung werden die Vorgaben des Gesetzes näher konkretisiert.

Energieproduktgesetz (EVPG)	Mit dem Rechtsakt werden die Bestimmungen der Ökodesign-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Umweltgerechtes Produktdesign (Ecodesign) kann eine große Rolle bei der Steigerung der Energieeffizienz von Produkten spielen. Die seit 2005 geltende EU-Ökodesign-Richtlinie wird durch den Begriff der umweltgerechten Produktgestaltung untermauert. Darin sind die Mindestanforderungen festgelegt, die Produkte erfüllen müssen.
-----------------------------	---